

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

Umweltlandesrat Rudi Anschober

Wolfgang Renneberg (Experte für Reaktorsicherheit, INRAG)

Kaspar Müller (Schweizer Ökonom)

08. Mai 2019

zum Thema

LAUFZEIT. VERLÄNGERT. GEFAHR

Europas Atomkritiker und internationale Expert/innen bei der

Nuclear Energy Conference in Linz. Zwischenbericht der

ersten internationalen Untersuchung zum Risikopotenzial

von Laufzeitverlängerungen alter AKWs – Mochovce zeigt

Dringlichkeit auf

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

LAUFZEIT. VERLÄNGERT. GEFAHR

Europas Atomkritiker und internationale Expert/innen bei der Nuclear Energy Conference in Linz. Zwischenbericht der ersten internationalen Untersuchung zum Risikopotenzial von Laufzeitverlängerungen alter AKWs - Mochovce zeigt Dringlichkeit auf

Europas Atomkraftwerke kommen aktuell vielfach an das Ende der geplanten Betriebszeit, sind im EU-Durchschnitt mittlerweile rund 34 Jahre alt. Neubauten sind nicht mehr finanzierbar und nicht mehr durchsetzbar. Um den Ausstieg zu vermeiden, setzt die Atomindustrie immer stärker auf Laufzeitverlängerungen, die die Betriebsdauer auf bis zu 60 Jahre verlängern – uralte AKWs werden immer stärker zu einem Risiko für ganz Europa. Dafür gibt es derzeit in der EU keine Regelungen und keine unabhängige internationale Untersuchung dieses Risikos.

Bei der heutigen „Nuclear Energy Conference“ lädt Umweltlandesrat Rudi Anschober NGOs, Atomkritiker und Fachexpert/innen aus ganz Europa nach Linz. Denn die Laufzeitverlängerungen sind ein zentrales, laufend steigendes und europaweit unreguliertes Sicherheitsrisiko. Die Themen der Konferenz sind die zunehmenden Risiken alter Atomkraftwerke und die notwendigen Regelungen der EU. Umweltlandesrat Rudi Anschober hat gemeinsam mit der von ihm initiierten „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ eine internationale Studie über die Zunahme des Sicherheitsrisikos durch Laufzeitverlängerungen bei führenden Atomexpert/innen - unter anderem den ehemaligen Chefs der Atomaufsichtsbehörden in den USA und Deutschland - in Auftrag gegeben.

Die Zwischenergebnisse werden heute in Linz präsentiert und sind alarmierend:

- **die Laufzeitverlängerungen erhöhen das Sicherheitsrisiko massiv**
- **die Verfahren, die über diese Laufzeitverlängerungen entscheiden sind völlig intransparent**
- **die Verfahren bringen keinerlei Mitspracherecht für die Nachbarstaaten und deren Bevölkerung**
- **die Uralt-AKW's wären heute nicht mehr genehmigungsfähig**

Es braucht daher klare EU-Regelungen gegen die Risiken der Laufzeitverlängerungen: Verpflichtende grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Beteiligung der Bevölkerung der Nachbarstaaten im Fall eines Antrags auf Laufzeitverlängerung und eine Minimierung der Laufzeit mit einer maximalen Obergrenze von 40 Jahren.

Ein weiteres Beispiel für die Risiken eines uralten AKW ist Mochovce. Die slowakische Regierung hat nun auf Druck der Atomgegner/innen aus Österreich eine Verschiebung des Reaktorstarts angekündigt - aber es braucht mehr: Es muss eine Offenlegung der Dokumentation und eine unabhängige Untersuchung u.a. durch die österreichischen Atomexpert/innen folgen.

AKW's- Ein unrentables Auslaufmodell

Was den Aufbruch in ein neues Zeitalter der Atomenergie in Europa einläuten sollte, entwickelte sich in Wahrheit zu ihrem Sargnagel: Der europäische Druckwasserreaktor (EPR) des französischen Staatskonzerns EDF ist aufgrund von Verzögerungen und Kostenexplosionen zum Debakel geworden. Seit den 1990er Jahren befinden sich lediglich die beiden Projekte Olkiluoto-3 in Finnland und Flamanville-3 in Frankreich in Bau. Beim finnischen Reaktor beträgt die Bauzeit statt geplanten vier nun bereits 14 Jahre, die Kosten haben sich von drei auf neun Milliarden verdreifacht. Beim Schwester-Reaktor in Frankreich sieht es nicht besser aus: Der Bau ist acht Jahre im Verzug und wird rund 11 Milliarden statt geplanten drei verschlingen.

Nichts geht also mehr beim Neubau von Atomkraftwerken - daher setzt die Atomindustrie trotz bereits veraltetem Kraftwerkspark auf Laufzeitverlängerungen - etwa in Tschechien, Ungarn, Schweden, Belgien und anderen Ländern.

Für den Schweizer Ökonom Kaspar Müller ergeben sich folgende drei Kernpunkte:

- *„AKWs waren nie rentabel und werden es in einem marktwirtschaftlichen Umfeld auch nie sein,*
- *daran ändert auch eine Laufzeitverlängerung nichts. Im Gegenteil, dadurch werden die Verluste nur noch größer oder die Sicherheitsmarge sinkt.*
- *Die potentielle Gefährdung an Leib und Leben zwingt zu laufenden technischen Nachrüstungen der Kernanlagen, das ist teuer und verlangt Disziplin.“*

Mochovce –unabhängige kritische Prüfung gefordert

Die Enthüllungen über Baumängel beim slowakischen AKW Mochovce - nur 350 Kilometer von Linz entfernt - sind dramatisch. Genauso alarmierend ist aber auch, dass der Bau des AKW Mochovce bereits 1985 gestartet wurde und nun ein völlig veralteter Reaktor in Betrieb gehen soll. Die Technik stammt wie auch bei Tschernobyl aus den 1970er Jahren, so verfügt die Anlage über kein Containment zum Schutz gegen äußere Einwirkungen.

Aufgrund erheblicher Verzögerungen und organisatorischer Änderungen - die Anlage befindet sich mit Unterbrechungen seit 34 Jahren in Bau - bestehen berechnete Zweifel an der Sicherheitssituation der Anlage. Die slowakische Atomaufsichtsbehörde und auch die World Association of Nuclear Operators (WANO) haben beim Bauprozess gravierende Probleme wie mangelhafte Koordination und Kontrolle, fehlende Qualifikationen von beauftragten Unternehmen und fehlerhafte Bauschritte festgestellt. So mussten Projektschemen überarbeitet werden, da die Ausführung der Anlagenteile nicht entsprach. Tests wurden in falscher Reihenfolge durchgeführt oder nicht

abgeschlossen, was zusätzlichen Schaden oder unvollständige Ergebnisse zur Folge hatte.

Diese erheblichen Mängel hatten bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu einer von der Slowakischen Aufsichtsbehörde angeordneten Unterbrechung des Genehmigungsverfahrens für die Inbetriebnahme der Blöcke geführt. Seit Montag steht nun fest, dass die Slowakei die Inbetriebnahme des von Österreich kritisierten 3. und 4. Blocks des Atomkraftwerks Mochovce verschiebt. Grund seien vor allem erwartete Einsprüche aus Österreich gegen die Betriebsgenehmigung, die das Slowakische Atomaufsichtsamt UJD demnächst erteilen sollte.

Oberösterreichs Umweltlandesrat hat sich, auch im Namen der „Allianz für einen europaweiten Atomausstieg“, in einem Schreiben an die slowakische Regierung, die EU-Kommission und an die Gruppe der Europäischen Atomaufsichtsbehörden gewandt - mit dem Appell, die Sicherheit der Anlage rasch von unabhängigen Expert/innen überprüfen zu lassen.

„Es ist positiv, dass die Slowakische Regierung die Inbetriebnahme vorläufig gestoppt hat. Jetzt muss sichergestellt werden, dass es zu einer unabhängigen Überprüfung kommt. Es braucht kritische Expert/innen Österreichs als Teil dieser Kontrolle des Risiko-AKW und es braucht als ersten Schritt und als Vorleistung eine völlige Offenlegung der gesamten Projektdokumentation – z.B. der Ankerbohrungen“, fordert Anschober.

Laufzeitverlängerungen: Studie zeigt massive Risiken auf

Atomenergie ist im Vergleich zu Erneuerbaren Energien völlig unwirtschaftlich geworden. Daher setzt die Atomindustrie trotz veraltetem Kraftwerkspark auf Laufzeitverlängerungen. Das ist hochriskant und bisher in der EU nicht geregelt. Das Durchschnittsalter der AKWs in der EU liegt bereits bei 33,4 Jahren – 72 Prozent der Reaktoren sind seit mehr als 31 Jahren in Betrieb.

Die von LR Anschober gegründete Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg hat neben einem Nein zu staatlichen Subventionen für AKW-Neubauprojekte auch klare Regeln für eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten zum Ziel. Um die Thematik der Gefahr durch Altreaktoren und Laufzeitverlängerungen aktiv anzugehen, hat die Allianz der Regionen bei ihrem letzten Treffen im Herbst in Linz die Erstellung einer internationalen Studie über die Gefahren durch den Betrieb der Altreaktoren beschlossen.

Der vorliegende erste Zwischenbericht der umfassenden Studie, die von der INRAG (International Nuclear Risk Assessment Group) unter Mitarbeit von 15 Top-Expert/innen aus sechs Ländern erstellt wurde, untersuchte in den vergangenen Monaten die Bedeutung der Alterung von Atomkraftwerken, den Umgang mit den Risiken gealterter Anlagen und die geforderte kontinuierliche Erhöhung des Sicherheitsniveaus von Atomkraftwerken in Europa generell und anhand einzelner Fallbeispiele.

Die Grundaussagen des ersten Zwischenberichts der Studie sind:

- **Der Weiterbetrieb von Altanlagen erhöht die nuklearen Risiken in Europa**
Die Alterung birgt ein deutlich erhöhtes Risiko für radioaktive Freisetzungen und schwere Kernkraftwerksunfälle. Dieses deutlich erhöhte Risiko wird durch den Weiterbetrieb von Altanlagen durch Laufzeitverlängerungen nochmals signifikant erhöht. Daran können auch partielle Nachrüstungen wenig ändern.

- **Die nuklearen Risiken von Altanlagen müssen bekannt sein, um ihre Sicherheit bewerten zu können**

Betreiber und Aufsichtsbehörden sind für die Prüfung und Genehmigung alternder Atomkraftwerke zuständig und bewerten ihre Sicherheit. Ihre Aussagen über die Sicherheit einer Anlage sind aber lediglich rechtlich normative Bewertungen.

- **Alterungsprozesse erhöhen das Risiko von Störungen und Störfällen**

Die Ursache vieler sicherheitsrelevanter Ereignisse ist auf Alterungsprozesse zurückzuführen. Dies zeigen die Betriebserfahrungen. Alterungsprozesse wie Korrosion, Verschleiß oder Versprödung mindern die Qualität von Sicherheitseinrichtungen bis hin zu deren Ausfall.

- **Die Kraftwerkskonzepte der 1970er und 1980er Jahre sind sicherheitstechnisch veraltet**

Die Errichtungs- und Betriebsgenehmigungen von vielen Atomkraftwerken sind zum Teil bereits 30 Jahre oder älter. Damals wurden sie nach den Genehmigungsprüfungen als „sicher“ für den Betrieb zugelassen. Die zur Verfügung stehenden Überprüfungsinstrumente waren damals jedoch weit weniger entwickelt als heute und die Überprüfungsstandards auf einem deutlich tieferen Niveau.

- **Viele Kernkraftwerke werden jenseits der Grenze der ursprünglichen technischen Auslegung auf einem veralteten technischen Stand betrieben**

Die technische Auslegung vieler Atomkraftwerke erfolgte vielfach für Laufzeiten von 30 oder 40 Jahren. Dieser Zeitraum stellt in der Praxis jedoch keine verbindliche Grenze dar, wie viele europäische Beispiele zeigen. Laufzeiten werden sogar ohne grundlegende Modernisierung verlängert.

- **Die Aussage, dass die Sicherheit alter Atomkraftwerke durch Nachrüstungen kontinuierlich verbessert worden sei, verstellt den Blick**

Die Nachrüstungen dienten häufig der Beseitigung von Mängeln in der Anlage bzw. dem Schutz vor Risiken, die zum Zeitpunkt der Genehmigung nicht erkannt worden sind.

- **Nachrüstungsmaßnahmen sind prinzipiell begrenzt. Wesentliche konzeptionelle Schwächen alter Atomkraftwerke bleiben bestehen**

Sicherheitsanforderungen nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik lassen sich im Design alter Atomkraftwerke nicht vollständig umsetzen. Elementare Schwachstellen der veralteten Sicherheitskonzepte können nicht behoben werden.

- **Die Möglichkeiten des Alterungsmanagements sind limitiert**

Reparatur und Austausch der von Alterung betroffenen Komponenten können nur lokal begrenzt und vorübergehend Defizite beseitigen. Alterungsprozesse werden allenfalls unterbrochen oder verlangsamt, aber nicht verhindert.

- **Nachrüstungsmaßnahmen und Reparaturen in Altanlagen beinhalten immer auch ein zusätzliches Risiko**

Durch den Eingriff in die Sicherheitstechnik der bestehenden Anlage können neue Risiken etwa durch unvorhergesehene Wechselwirkungen geschaffen werden. Beim Umstieg auf neue technische Lösungen besteht das Problem der Kompatibilität mit der vorhandenen Technik.

- **Fehlende Dokumentationen und Informationen erschweren die Bewertung der Sicherheit von Altanlagen**

Sicherheitsnachweise für alte Kernreaktoren stoßen häufig an nicht überwindbare Grenzen, wenn die vorliegenden alten technischen Dokumente fehlerhaft sind, teilweise oder vollständig fehlen.

- **Fehlende Transparenz erschwert eine Bewertung der Risiken für Dritte**

Das Verfahren der Sicherheitsüberprüfungen der in Betrieb befindlichen Anlagen ist für Dritte nicht transparent. Es fehlen prozedurale Festlegungen, mit denen für alle Betroffenen ein ausreichender Zugang zu Informationen und eine angemessene Beteiligung an Entscheidungsprozessen sichergestellt werden.

- **Es fehlt die Möglichkeit für internationale Beteiligung, obwohl die Risiken grenzüberschreitende Folgen haben können**

Eine verbindliche internationale Beteiligung ist in den meisten Verfahren zur Laufzeitverlängerung nicht vorgesehen. Während ein Neubau von Kraftwerken heute zwingend mit internationaler Beteiligung einhergeht, wird die Entscheidung über den Weiterbetrieb von Altanlagen souverän von den Nationalstaaten - ohne Einbeziehung von Nachbarstaaten – getroffen.

- **Nukleare Risiken bleiben für die Betroffenen im Dunklen, weil darüber nicht informiert wird**

Die für die Öffentlichkeit freigegebenen Informationen sind für die Betroffenen zumeist nicht verständlich und behandeln nicht die kritischen Punkte der Sicherheit. Eine Verpflichtung der Betreiber und der Behörden darüber zu informieren besteht nicht.

- **Es gibt keine unabhängige, internationale Überprüfungsinstanz und keine international verbindlichen Regeln zur Umsetzung von Sicherheitsanforderungen an Altanlagen**

International gibt es keine unabhängigen Prüfinstanzen. Zudem lassen die Regeln bei alten Anlagen immer die Ausnahme zu, dass Maßnahmen nur dann umgesetzt werden, wenn es wirtschaftlich vernünftig ist.

Oberösterreichs Umweltlandesrat Rudi Anschober, Initiator der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg: *„Die Studie zeigt die dramatischen Sicherheitsrisiken der derzeitigen Praxis von Laufzeitverlängerungen alter AKWs auf. Jetzt muss auf europäischer Ebene dringend gehandelt werden - es braucht einheitliche Standards der EU zur Begrenzung der Laufzeit und damit des steigenden Risikos. Unsere Ziele als ‚Allianz der Regionen für einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg‘ als Auftraggeber der Studie sind: Klare transparente Genehmigungserfahren mit Beteiligung der Nachbarregionen durch eine grenzüberschreitende UVP wie bei der Erstgenehmigung durchzuführen sowie eine Obergrenze für die Betriebszeit von Atomkraftwerken von maximal 40 Jahren. Nur so kann das wachsende Risiko verlässlich beschränkt werden. Der Endbericht der Studie wird im Rahmen einer Großveranstaltung im Herbst von der Allianz präsentiert und der politische Diskurs gestartet.“*

Weitere Infos unter: <http://www.nec2019.eu/de/>